

Beschl.-Nr. 3.1

STADT LANDSHUT

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 27.07.2010

Betreff: Zusammenlegung der Postfilialen in Landshut (Dringlichkeitsanträge Nr. 577 der CSU-Fraktion, Nr. 578 Fraktion Bündnis 90 Die Grünen und Nr. 579 Freie Wähler Fraktion)

Referent: Dipl. Betriebswirt (FH) Rupert Aigner

Von den 10 Mitgliedern waren 8 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

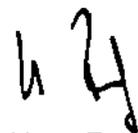
 einstimmig
mit -- gegen -- Stimmen beschlossen:

Die Deutsche Post AG bzw. Postbank werden gebeten, eine ausreichende und wohnortnahe Versorgung mit Postdienstleistungen in der Stadt Landshut sicherzustellen. Über das Ergebnis der künftigen Standorte und Angebotsformen ist die Stadt rechtzeitig zu unterrichten. Das Angebot an Postdienstleistungen am Hauptbahnhof soll aufrechterhalten werden. Den Geschäfts- und Gewerbetreibenden sowie Postfachinhabern sind entsprechende Angebote zu unterbreiten. Die baurechtlichen Fragen sind im Wege der beantragten Nutzungsänderung des Gebäudes am Dreifaltigkeitsplatz zu prüfen.

Mit der Beschlussfassung ist den o.g. Dringlichkeitsanträgen Nr. 577-579 Rechnung getragen.

Landshut, den 27.07.2010

STADT LANDSHUT



Hans Rampf
Oberbürgermeister *af*